

Fragen

**für die Fragestunde der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Februar 2001**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Böttcher, Maritta (PDS)	43, 44	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	24, 31
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	22, 23	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	3, 4
Brudlewsky, Monika (CDU/CSU)	17, 18	Lenke, Ina (F.D.P.)	15, 16
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	47, 48	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	8, 9
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	1, 2	Lippmann, Heidi (PDS)	45, 46
van Essen, Jörg (F.D.P.)	20, 21	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	25, 26 (CDU/CSU)
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	32, 33	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	29, 30
Girisch, Georg (CDU/CSU)	39, 40	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	36, 37
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	5, 51	Niebel, Dirk (F.D.P.)	11, 19
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	41, 42	Siemann, Werner (CDU/CSU)	49, 50
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	10, 14	Volquartz, Angelika (CDU/CSU)	34, 35
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	38	Weiermann, Wolfgang (SPD)	12, 13
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	27, 28		
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Mittel zur Entschädigung von Catgut-Herstellern bereitzustellen, die durch das angekündigte Herstellungsverbot besonders betroffen sind?
2. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung, diese Unternehmen gegebenenfalls mit EU-Mitteln zu unterstützen, wie dies bei BSE-betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben geschieht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU) Hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, 1996 oder 1997 einen Aufruf der niedersächsischen Grünen oder einer anderen Gruppierung unterschrieben, in dem zur Beschädigung von Bahnanlagen aufgerufen wurde, um die Castor-Transporte so teuer wie möglich zu machen und schließlich zum Erliegen zu bringen?
4. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU) Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, ihre damalige Haltung mit der Tatsache vereinbaren, dass sie heute politisch mitverantwortlich für die nächsten Castor-Transporte ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

5. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung beziffern, wie hoch die Kosten für die betroffenen Unternehmer wären, wenn man die durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, in einem Interview in der „DIE WELT“ vom 30. Januar 2001 aufgestellte Forderung nach einem Recht auf Weiterbildung in die Tat umsetzte und wäre die Bundesregierung bereit, dann auch flächendeckend angelegte Unterstützungen zumindest für kleine und mittelständische Unternehmen zu leisten, damit die entstehenden finanziellen Lasten ausgeglichen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Strafrecht vorgesehene Mindeststrafe für sexuelle Übergriffe auf eine widerstandsunfähige Person, wie z. B. Behinderte, von einem halben Jahr Freiheitsstrafe, im Gegensatz zur Mindeststrafe für sexuelle Übergriffe auf eine widerstandsfähige Person von einem Jahr Freiheitsstrafe, vor dem Hintergrund des Artikels 3 des Grundgesetzes, und wie rechtfertigt sie diese Unterscheidung?
7. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass z. B. behinderte Mädchen und Frauen für Sexualstraftäter zur bevorzugten Opfergruppe werden könnten, und beabsichtigt die Bundesregierung diese Vorschriften im Mindeststrafmaß anzugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

8. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Inwieweit (Instrumente – Gremien – wissenschaftliche und kartellrechtliche Gutachten) hat die Bundesregierung Einfluss auf die gegenwärtige Änderung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des

Rates über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung genommen?

9. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Sieht die Bundesregierung alle rechtlichen Grundsätze im Hinblick auf Zugang und Normierung des Entwurfs der o. g. Richtlinie umfassend berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

10. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung, um dem durch die BSE-Krise und den Schweinemastskandal stark in Mitleidenschaft gezogenen Metzgerhandwerk sowie der Fleischindustrie sowohl ideell als auch finanziell zu helfen, um Konkurse abzuwenden, Existenzen zu sichern und den Absatz von Fleischwaren wieder zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

11. Abgeordneter
**Dirk
Nebel**
(F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Arbeit mit den wissenschaftlichen Forschungsinstituten bei der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor dem Hintergrund, dass die Herausgabe von Daten verweigert und dadurch ein unabhängiges wissenschaftliches Gutachten verhindert wird (vgl. Handelsblatt vom 23. Januar 2001)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Wolfgang
Weiermann
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die für den 1. Januar 2002 geplante Tarifreform der Deutschen Bahn AG, die über eine dem Flugverkehr ähnliche Tarifstruktur zu einer Benachteiligung des Regionalverkehrs gegenüber dem Fernverkehr führt und die gleichzeitig geplante Schließung von bis zu 300 Fahrkartenschaltern, die ebenfalls eine deutliche Verschlechterung im Nah- und Regionalverkehr bedeutet, u. a. weil es an fachlicher Beratung der Kunden fehlt, da weder Kioskbesitzer o. ä., noch Automaten in der Lage sind, die Kunden adäquat über Tarife etc. zu beraten? |
| 13. Abgeordneter
Wolfgang
Weiermann
(SPD) | Welche Prioritäten setzt die Bundesregierung in der Verkehrspolitik im Bereich des Personenverkehrs auf der Schiene hinsichtlich der Aufgaben Nah-, Regional- und Fernverkehr, und welche Schritte hält sie für unabdingbar, um sicherzustellen, dass der Nah- und Regionalverkehr in Zukunft flächendeckend die erforderlichen Dienstleistungen garantiert? |
| 14. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Was hat der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, aufgrund meiner brieflichen Anfrage vom 12. Dezember 2000 bislang an Einwirkung auf die Deutsche Bahn AG unternommen, damit der IR 25 nicht aus dem Verkehr gezogen wird, für dessen weiteren Einsatz die Bayerische Staatsregierung sogar bereit ist, das Defizit zu tragen? |
| 15. Abgeordnete
Ina
Lenke
(F.D.P.) | Plant die Bundesregierung eine Änderung des bestehenden Systems der staatlichen Eigenheimzulage im Sinne einer Senkung der Eigenheimzulage für Neubauten im ländlichen Raum bei gleichzeitig höherer Förderung von Ballungsgebieten und Altbauten, und wenn ja, welche Auswirkungen haben diese Änderungen? |
| 16. Abgeordnete
Ina
Lenke
(F.D.P.) | Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass eine Reduzierung der Eigenheimzulage im ländlichen Raum für junge Familien, die sich städtisches Bauland nicht leisten können, zur Folge hat, dass durch die niedrigere staatliche Förderung für |

Neubauten im ländlichen Raum für viele Familien – nicht nur in Ballungsgebieten, sondern dann auch im ländlichen Raum – der Bau der eigenen vier Wände unfinanzierbar wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|--|
| 17. Abgeordnete
Monika
Brudlewsky
(CDU/CSU) | Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um gegen die fortgesetzten Behinderungen von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen bei ihrem Einsatz für die Menschen in Tschetschenien durch russische Behörden zu protestieren? |
| 18. Abgeordnete
Monika
Brudlewsky
(CDU/CSU) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den permanenten Behinderungen durch russische Behörden von Menschenrechtsorganisationen in Tschetschenien? |
| 19. Abgeordneter
Dirk
Niesel
(F.D.P.) | In welcher Weise hat die Bundesregierung gegenüber der indischen Regierung auf den von Indien am 17. Januar 2001 durchgeführten Testflug der atomwaffenfähigen Mittelstreckenrakete Agni II reagiert, und inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung dieser Raketentest mit der von ihr für die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Indien gegebenen Begründung vereinbar, Indien nehme mittlerweile eine grundsätzlich positive Einstellung zum CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty/Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen) ein und betreibe eine generell stabilitätsorientierte Außenpolitik? |
| 20. Abgeordneter
Jörg
van Essen
(F.D.P.) | Welche Auswirkungen hat der Agni II-Test nach Auffassung der Bundesregierung auf die indisch-pakistanischen Beziehungen? |
| 21. Abgeordneter
Jörg
van Essen
(F.D.P.) | Wie schätzt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Agni II-Tests die Erfolgsaussichten zur Erreichung des von Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul anlässlich der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Indien |

angekündigten Ziels ein, alles tun zu wollen, „um diejenigen in Indien und Pakistan zu unterstützen, die ein Interesse an Deeskalation und friedlicher Lösung der regionalen Konflikte haben“?

22. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)

Was wusste der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, zu der Zeit, als er in seiner Frankfurter Wohngemeinschaft mit Daniel Cohn-Bendit nach eigener Aussage gemeinsam mit der Ex-Terroristin Margrit Schiller 1973 frühstückte, über ihre Person und ihre Motive, und wie lange hat der Kontakt zu Margrit Schiller bestanden?

23. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)

Wird vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, der sowohl in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2001 als auch im Prozess gegen den Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein vor dem Frankfurter Landgericht am 16. Januar 2001 ausgesagt hat, dass er sich 1977 von der Gewalt abgewandt habe, ausgeschlossen, nach 1977 Gewalttaten begangen zu haben oder Gewalt – sei es durch Worte, aktives Tun oder Unterlassen – nach diesem Zeitpunkt noch gutgeheißen zu haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Bundesregierung die noch nicht veröffentlichten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19. Oktober 2000 auf die Prüfung des Bestätigungsmerkmals Sprache im Rahmen des Aufnahmeverfahrens für Spätaussiedler, und beabsichtigt die Bundesregierung aufgrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes eine Initiative zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes?

25. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)

Hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, in seinem von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, anlässlich der Plenardebatte über die Familienrichtlinie der EU am 18. Januar 2001 angekündigten Gespräch mit EU-Kommissar Antonio Vitorino gefordert, von der Ausgestaltung des Familiennachzuges in Form von Rechtsansprüchen abzusehen, den Kreis der Nachzugsberechtigten auf

die Kernfamilie, den zur Zusammenführung berechtigten Personenkreis auf solche mit Daueraufenthaltsrecht zu beschränken, Familienzusammenführung nur gegen Nachweis von Wohnraum, Krankenversicherung, ausreichenden Einkünften zuzulassen und das Nachzugsalter der Kinder auf das 10. Lebensjahr zu beschränken?

26. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung nach dem Ergebnis dieses Gesprächs davon aus, dass sie sich mit diesen Positionen durchsetzen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Welchen Stand haben die Verfahren zum Abschluss der Verträge mit den Partnerorganisationen sowie die Verfahren der Bereitstellung von Informationsmaterialien und Antragsformularen durch die jeweiligen Partnerorganisationen gemäß § 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie durch die Stiftung selbst bezüglich der Opfer medizinischer Experimente und für den Ausgleich von Vermögensschäden, besonders im Hinblick auf die Mitte April 2001 ablaufenden Fristen?

28. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung bezüglich der 5 Mrd. US-Dollar, die die „Holocaust-Restitutionskampagne“ gegen Deutschland laut dem New Yorker Finanzchef H. durch Sanktionsdrohungen eingebracht hat und die angeblich vom World Jewish Congress verwaltet werden, und welche Zweckbindung gibt es für diese Gelder (vgl. Neue Züricher Zeitung vom 20./21. Januar 2001)?

29. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Gutachtens von dem Verfassungsrechtler Stefan Koriath (vgl. DIE WELT vom 31. Januar 2001) zur Beteiligung der Bundesländer an den UMTS-Lizenz-Einnahmen, und wird die Bundesregierung die Bundesländer nun doch anteilig an den genannten Einnahmen beteiligen, um einer verfassungsgerichtlichen Auseinandersetzung vorzubeugen?

30. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes, in dem die Begrenzung des Vorsteuerabzugs auf 50 v. H. für privat mitgenutzte Firmenwagen in Zweifel gezogen wurde und wird die Bundesregierung vor einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes kurzfristig eine gesetzliche Regelung erwirken, die den vollen oder anteiligen Vorsteuerabzug zulässt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

31. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Plant der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, dass die drastische Reduzierung des Bundeswehrstandortes Bayreuth um das II./LwAusbRgt 3 durch Verlegung an den Regimentsitz nach Roth oder durch Auflösung des Bataillons erfolgen soll, und warum sieht er nicht die Auflösung eines der ebenfalls zum Luftwaffenregiment 3 gehörenden Luftwaffenausbildungsbataillone in Germersheim (Rheinland-Pfalz) oder Mengen (Baden-Württemberg) vor?

32. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(PDS)

Hält die Bundesregierung weiterhin an einer militärischen Nutzung des Boden-Luft-Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide fest, auch wenn das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 14. Dezember 2000 zumindest derzeit eine militärische Nutzung des Platzes untersagt?

33. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(PDS)

Welche Gründe bewegen die Bundesregierung zu einem Festhalten an diesem Truppenübungsplatz, der in großen Teilen der dort ansässigen Bevölkerung auf Widerstand stößt, wenn in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland bestehende Standorte geschlossen werden?

34. Abgeordnete
**Angelika
Volquartz**
(CDU/CSU)

Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Bundesregierung, den Sitz der Wehrbereichsverwaltung I nach Hannover zu verlegen, und welche Gründe sprachen nach Ansicht der Bundesregierung im Rahmen der Entscheidungsfindung gegen einen Verbleib des Sitzes dieser Behörde in Kiel?

35. Abgeordnete
**Angelika
Volquartz**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall, dass sie sich endgültig für Hannover als Sitz der Wehrbereichsverwaltung I entscheidet, den dauerhaften Erhalt der 550 Dienststellen bei dem in Kiel verbleibenden Teil der Wehrbereichsverwaltung I, und welche Pläne verfolgt die Bundesregierung in Bezug auf das Arsenal in Kiel?
36. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Welche Gründe sind für die Bundesregierung ausschlaggebend, die angekündigte Verlegung der Schule für Feldjäger und Stabsdienste Sonthofen nach Hannover durchzusetzen?
37. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Wie lässt sich die Verlegung der Schule für Feldjäger aus einer strukturschwachen, ländlichen Region, nach Hannover in ein boomendes wirtschaftliches Ballungszentrum mit den beschlossenen Kriterien vereinbaren?
38. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass im Zuge der Bundeswehrreform bundesweit 49 Standortverwaltungen geschlossen werden sollen, und wenn ja, welche Maßnahmen sind zur sozialverträglichen Abfederung dieser einschneidenden Organisationsänderungen vor allem in strukturschwachen Gebieten, zum Beispiel bei der Standortverwaltung in Oberviechtach in der ostbayerischen Grenzregion, geplant?
39. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung dazu veranlasst, noch am 29. Januar 2001 im nicht öffentlichen Bereich des Bundeswehrintranets weitere Auflösungen von Truppenteilen und Verringerungen an Standorten vorzustellen, obwohl im am selben Tag durch den Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, vorgelegten Entwurf des Ressortkonzepts „Die Bundeswehr der Zukunft – Feinausplanung und Stationierung“ keine Verkleinerung ersichtlich war, wie es beispielsweise beim Standort Weiden, für den im Ressortentwurf keine Verringerung ausgewiesen wurde und noch am selben Tag im Intranet die Auflösung der 5. Kompanie des Nachschubbataillons 4 verbreitet wurde, geschehen ist?

40. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Steht der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, zu seiner Aussage vom 29. Januar 2001 in der Sendung „heute“, dass er bereit wäre, Änderungen an seinem Ressortkonzept vorzunehmen, wenn ihm die Länder Alternativvorschläge machen würden, und falls ja, welche Bedingungen müssten diese, aufgezeigt am Beispiel der umstrittenen Auflösung der 5. Kompanie des Nachschubbataillons 4 in Weiden, erfüllen?
41. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung öffentliche Äußerungen örtlicher Abgeordneter am 13. Dezember 2000 beim Besuch des Bundeswehrstandortes Rotenburg/Fulda: „Unser Standort ist in keinster Weise gefährdet.“ (HNA vom 14. Dezember 2000) durch Unterlagen, Zusicherungen oder Gespräche unterstützt?
42. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im 2. Halbjahr 2000 bzw. im Januar 2001 Gespräche durch den Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, persönlich mit dem Bürgermeister der Stadt Rotenburg und dem Landrat des Landkreises Hersfeld Rotenburg geführt und wann haben diese stattgefunden?
43. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Wie will die Bundesregierung gegenüber der von Standortschließungen betroffenen Bevölkerung begründen, dass in der Region Wittstock eine neue Garnison für 1 000 Dienstposten mit einem Finanzaufwand von ca. 214 Mio. DM (für Garnison und Truppenübungsplatz) eingerichtet werden soll?
44. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Warum wurden die durch den Sanitätsdienst der Bundeswehr Anfang Mai 1999 erstellten Hinweise über den Umgang mit uranhaltiger Munition nicht an das erste deutsche KFOR-Kontingent weitergegeben?
45. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS)
- Trifft es zu, dass über den Einsatz von DU-Munition vor, während und unmittelbar nach den Luftangriffen der NATO-Verbündeten auf bosnisch-serbische Stellungen 1995/1996 offiziell keine Informationen innerhalb der NATO ausgetauscht wurden?

46. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS)
- Trifft es zu, dass es nach diesen Luftangriffen keine Warnungen an die Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina gegeben hat?
47. Abgeordnete
Eva-Maria Bulling-Schröter
(PDS)
- Hat es eine ausdrückliche Unterweisung der Soldaten des ersten KFOR-Kontingents über die toxischen Risiken der Uranmunition gegeben?
48. Abgeordnete
Eva-Maria Bulling-Schröter
(PDS)
- War nach Erkenntnissen der Bundesregierung in allen Fällen sichergestellt, dass bei Maßnahmen der Räumung zerstörten militärischen Geräts der jugoslawischen Streitkräfte, die mit Befehl des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, an das Heeresführungskommando vom 2. Juli 1999 erlassenen Vorschriften bezüglich der Maßnahmen zur Vorsorge und zum Schutz vor Gefährdungen durch DU-Munition beachtet wurden?
49. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) beabsichtigt, für die Eigenbewirtschaftung von Betreuungseinrichtungen zukünftig eine neu zu schaffende Ausbildungs- und Verwendungsreihe „Betreuungssoldat“ einzurichten, und falls ja, wie würde dies mit den Zielen der politischen Leitung des BMVg zusammenpassen, im Zuge der Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf, alle Einsparpotentiale auszuschöpfen und wo immer möglich, nach Wegen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft zu suchen?
50. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Sind Presseberichte zutreffend (vgl. DER SPIEGEL 4/2001), wonach bei der Anhebung der Besoldung von Kompaniechefdienstposten von A 11 auf A 12 noch keine Einigung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, und dem Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, erzielt wurde, und wie ist der diesbezügliche aktuelle Stand der Verhandlungen zwischen den beiden Ressorts?
51. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür vorbringen, dass sie die schriftliche Frage 1/14 aus 2001 (Eingang beim Bundeskanzleramt am 4. Januar 2001) mit dem Inhalt, ob es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung gebe, den Sitz der Bun-

des Akademie für Sicherheitspolitik von Bonn nach Berlin zu verlegen, bis zum 1. Februar 2001 immer noch nicht beantwortet hat und ist die Bundesregierung wenigstens in der Lage, eine Antwort darüber zu geben, wie der bisherige Sachstand in dieser Angelegenheit ist?

